

Gemeinderatssitzung vom

12. Januar 2026

Ausführlicher Bericht

Tagesordnung

Präsenzen.....	3
Öffentliche Sitzung.....	3
1. Mitteilungen des Schöffenrates	3
2. Projekte und Kostenvoranschläge	3
2.1) Neugestaltung der „Rue des Champs“ in Künzigt – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag	3
3. Kommunale Raumplanung und Umwelt.....	4
3.1) Vorschlag zur Neuklassifizierung des CR110A ins kommunale Straßennetz.....	4
3.2) Kommunale Umweltschutzstrategie im Rahmen des Naturpakts - Gutheißen	5
4. Bildungswesen	7
4.1) Musikunterricht: Gutheißen der endgültigen Schulorganisation für das Schuljahr 2025/226.....	7
4.2) Grundschulunterricht: Zeitlich begrenzte Abänderung der Schulorganisation für den Zeitraum vom 26. zum 30. Januar 2026	8
5. Kommunale Finanzen.....	8
5.1) Gewähren einer Kompensationszulage für das Jahr 2026.....	8
6. Kommunale Verordnungen	10
6.1) Zuschüsse für Privatpersonen für Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien	10
6.2) Abänderung der allgemeinen Verkehrsverordnung der Gemeinde Käerjeng	11
6.3) Reglement für die Besetzung von Stellen für Lehr- und Erziehungspersonal	12
7. Verträge und Konventionen	13
7.1) Dachmietverträge mit der Firma SUDenergie für die Installation von Photovoltaikanlagen - Gutheißen.....	13
8. Bestätigen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen	14
8.1) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in Oberkerschen, auf der Kreuzung der „Avenue de Luxembourg“ mit der „Rue Bommel“, aus Dringlichkeitsgründen am 12. Dezember 2025 vom Schöffenrat beschlossen - Bestätigung	14
9. Vereinsleben	14
9.1) Statuten der Vereinigung „Kéinziger Fräsch“ - Kenntnisnahme	14
10. Fragen und Antworten	14
Nicht-öffentliche Sitzung	16
11. Personalangelegenheiten	16

Mairie :
29, rue de la Résistance
L - 4942 Bascharage

Adresse postale :
B.P. 50
L - 4901 Bascharage

Präsenzen

Anwesend: Michel Wolter (CSV), Bürgermeister, Yves Cruchten (LSAP), Frank Pirrotte (CSV) und Mireille Duprel (LSAP), Schöffens; Danielle Schmit (CSV), Josée-Anne Siebenaler-Thill (déri gréng), Arsène Ruckert (LSAP), Christian Kirwel (CSV), Louis Philippe (CSV), Nathalie Demeyer-Scholler (CSV), Jil Feipel (LSAP), Jérôme Hautus (DP), Vincenzo Turcarelli (CSV) und Joseph Hames (ADR), Gemeinderäte; Jean-Marie Pandolfi, Gemeindesekretär.
Entschuldigt: Tom Ferber (CSV), Gemeinderat (Vollmacht zur Abstimmung an Frank Pirrotte)

Beginn der Sitzung: 8h15

Ort: Bâtiment 29 - Saal 100 im ersten Stockwerk

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Schöffenrates

Bürgermeister Michel WOLTER: Zu Beginn der Sitzung möchte ich allen Mitgliedern des Gemeinderates sowie allen Anwesenden meine besten Wünsche für das neue Jahr überbringen.
Nun möchte ich dem Gemeinderat zwei neue Mitarbeiter vorstellen, die zu Jahresanfang ihren Dienst in unserer Gemeindeverwaltung angetreten haben: Herr Thierry Thill verstärkt unser Team im Bürgeramt, Herr Marc Schiavone jenes der Finanzabteilung.

2. Projekte und Kostenvoranschläge

2.1) Neugestaltung der „Rue des Champs“ in Künzigt – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag

Bürgermeister Michel WOLTER: Im Rahmen der Modernisierung unserer Infrastrukturen kommen wir nun zu einem weiteren Straßenbauprojekt. Das Projekt zur Neugestaltung der Künziger „Rue des Champs“ wird vorgestellt von Herrn Matteo Caldarelli vom Planungsbüro Best.

Herr Matteo CALDARELLI (Planungsbüro Best): Die Wasserleitung in der „Rue des Champs“ ist bereits recht alt und auch der Straßenbelag weist bereits mehrere Flickarbeiten auf. Die geplanten Straßenbauarbeiten sollen neben der Erneuerung der Wasserleitung auch die Entwässerung bei starken Niederschlägen verbessern.

Vor den ungeraden Hausnummern wird ein Bürgersteig entstehen, das gleiche gilt für einen Teil der gegenüberliegenden Seite. Die Einfahrt aus der „Rue de Fingig“ wird mit Hilfe einer Plattform etwas abgebremst und mit einem hellen Epoxybelag versehen, um den Übergang von einer Staatsstraße in eine Tempo-30-Zone optisch zu kennzeichnen. Zusätzlich soll der Verkehr mit Hilfe eines Pflanzkübels entschleunigt werden. Der Straßenübergang wird mit taktilem Bodenleitsystemen ausgestattet.

Derzeit verläuft ein Teil der Kanalisation auf privatem Grund, deshalb wird dieser Teil des Mischwasserkanals erneuert und parallel zum bestehenden Regenwasserkanal in die Straße verlegt. Außerdem werden Strom- und Postnetzleitungen sowie die Straßenbeleuchtung erneuert. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 772.650 €.

Bürgermeister Michel WOLTER: Zum Thema Straßenbeleuchtung möchte ich dem Gemeinderat mitteilen, dass wir seit dem 31. Dezember 2025 in allen kommunalen Straßen komplett auf LED-Beleuchtung umgestiegen sind, mit Ausnahme von vier Straßen: Die Künziger „Rue des Champs“, von der wir hier gerade sprechen, die „Rue Um Bechel“ und die „Rue des Marguerites“ in Niederkerschen, wo die Arbeiten kurz vor Abschluss stehen, und die „Rue de l'Eau“ und „Rue du Ruisseau“, welche im Rahmen des zukünftigen „shared space“ rund um das neue Rathaus in Niederkerschen erneuert werden. Somit sind wir eine der ersten Gemeinden im Land, die von sich behaupten kann, ihr gesamtes Netz der öffentlichen Beleuchtung auf energiesparende LED-Technik umgestellt zu haben. Ab

diesem Jahr werden wir bereits die ersten LED-Leuchten der ersten Generation durch neuere, noch effizientere Leuchtmittel ersetzen. Dies gibt uns die Möglichkeit, die Straßenbeleuchtung in ihrer Intensität zu steuern und so die Lichtverschmutzung zu reduzieren, ohne jedoch das Sicherheitsgefühl der Einwohner zu beeinträchtigen.

Rat Arsène RUCKERT: Weshalb wird der Kanal nicht komplett erneuert?

Herr Matteo CALDARELLI: Der Kanal ist von seinem Zustand und von der Dimensionierung noch absolut ausreichend. Wir werden nur den Teil erneuern, der ohnehin von Privatgrundstück in den öffentlichen Raum verlegt werden muss.

Rat Arsène RUCKERT: Werden die Gullys den Gegebenheiten angepasst? Man muss wissen, dass bei starken Niederschlägen große Wassermengen den Hügel hinabfließen und sich in dieser Straße sammeln.

Herr Matteo CALDARELLI: Wir haben größere Abflussrinnen vorgesehen, um so zu gewährleisten, dass das Wasser sicherer in die Kanalisation abgeleitet wird. Außerdem werden die Straßengräben etwas tiefer gestaltet.

Rat Christian KIRWEL: Ist der Pflanzenkübel leicht zu entfernen? Hier fahren regelmäßig schwere landwirtschaftliche Maschinen zu den dahinterliegenden Feldern.

Herr Matteo CALDARELLI: Die Gemeindedienste sollten den Kübel problemlos bewegen können. Allerdings sollte die Einfahrt für Traktoren kein Problem sein.

Rat Christian KIRWEL: Gibt es Parkplätze in der Straße?

Herr Matteo CALDARELLI: Gemäß den allgemein gültigen Bestimmungen in einer Tempo-30-Zone können Fahrzeuge entlang der Fahrbahn abgestellt werden, solange sie den Verkehr nicht behindern. Deshalb ist das Einzeichnen von Stellplätzen nicht nötig.

Bürgermeister Michel WOLTER: Alles in allem sollte auch der landwirtschaftliche Verkehr fließen können, wenn jeder sich an die Spielregeln hält.

Rat Louis PHILIPPE: Wurde eventuell über ein Rückhaltebecken nachgedacht? Unterhalb der „Rue des Champs“ liegt bekanntlich der große Spielplatz und unweit davon entfernt auch das Fußballfeld.

Bürgermeister Michel WOLTER: Diese Straße gehört nicht zum direkten Einzugsgebiet des Fußballfeldes.

Gemeindeingenieur Alain BLASEN: Es gibt bereits Rückhaltevorkehrungen in Form von Mulden in den Feldern. Außerdem möchte ich noch hinzufügen, dass der Weg zwischen der „Rue des Champs“ und den Tennisfeldern nun auch beleuchtet werden wird.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich danke Herrn Caldarelli für die ausführliche Präsentation und schlage vor, zur Abstimmung überzugehen.

Einstimmiges Gutheißen.

3. Kommunale Raumplanung und Umwelt

3.1) Vorschlag zur Neuklassifizierung des CR110A ins kommunale Straßennetz

Bürgermeister Michel WOLTER: Der CR110A ist die „Rue de Hautcharage“ in Niederkerschen, beziehungsweise die „Rue de Bascharage“ in Oberkerschen. Diese Straße möchten wir im Rahmen unseres Konzeptes zur Verkehrsberuhigung in das kommunale Straßennetz übernehmen, damit wir anschließend die nötigen Maßnahmen ergreifen können, um die maximal zulässige Geschwindigkeit zu reduzieren und den Durchgangsverkehr zu unterbinden. Eine endgültige Neuklassifizierung der Straße wird Bestandteil eines Gesetzes sein. Der Staat hat seine formelle Zusage bereits gegeben, denn dieses Vorhaben ist auch Teil des regionalen Verkehrsführungskonzeptes im Kordall. Das Konzept wird den Gemeinderäten der vier Kordall-Gemeinden im März dieses Jahres in

seinen Einzelheiten präsentiert werden, damit jeder sich ein Bild von der Gesamtsituation machen kann.

Einstimmiges Gutheißen.

3.2) Kommunale Umweltschutzstrategie im Rahmen des Naturpakts - Gutheißen

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir kommen nun zur Strategie der Gemeinde Käerjeng in Sachen Umweltschutz. Wir haben den Beitritt zum Naturpakt am 6. Dezember 2021 besiegt. Bei der ersten Zertifizierung haben wir auf Anhieb die 50%-Marke erreicht. Der Leiter des kommunalen Umweltamtes Gary Pleimling stellt die Strategie der Gemeinde Käerjeng nun vor.

Herr Gary PLEIMLING: Ende März 2026 steht die nächste Prüfung ins Haus. Wir werden dann sehen, wo wir genau stehen. Bei der Ausarbeitung der Strategie haben wir versucht, ein Dokument zu erstellen, das übersichtlich ist und auf den Punkt kommt.

Bei der Einleitung gehen wir auf den nationalen Kontext ein, wie den nationalen Umweltschutzplan oder die aktuelle Wasserrahmenrichtlinie. Anschließend stellen wir die Gemeinde Käerjeng mit ihren Eckdaten vor, wobei wir auch auf die 65%-Zertifizierung im Rahmen des Klimapakts eingehen. Wir nennen die Akteure, mit denen wir im Bereich des Umweltschutzes zusammenarbeiten: die Gemeindedienste, die kommunale Umweltkommission, das Naturpakt-Team, die Natur- und Forstverwaltung, die Maisons Relais, das Gemeindesyndikat SICONA, das Wasserwirtschaftsamt und die Wasser- und Abwassersyndikate. Die Gemeinde hat bereits einige strategische Dokumente erstellt, wie den Flächennutzungsplan oder den Forstwirtschaftsplan.

Wir haben fünf Objektive, wobei wir in jedem Bereich auch Prioritäten setzen.

Als erstes Objektiv geben wir die Verbesserung der Biodiversität im urbanen Raum an. Wir möchten mehr Grünflächen schaffen, indem wir versiegelte Flächen entsiegeln, und die Dächer der kommunalen Gebäude begrünen. Derzeit verfügen 6% der kommunalen Infrastrukturen über eine Dachbegrünung. Wir möchten Nistkästen installieren für Schwalben, Mauersegler, Schleiereulen, Steinkäuze und Wanderfalken. Mit dem Umstieg auf LED-Technik verringern wir die Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum.

Ein zweites Objektiv ist eine gute Bewirtschaftung unserer Gewässer. Wir haben eine Hochwasserstudie in Auftrag gegeben und werden in absehbarer Zeit dem Gemeinderat die Schlussfolgerungen aus dieser Studie vorstellen. Wir haben vor, die Gesamtfläche der Tümpel in unserer Gemeinde auszubauen und deren Unterhalt zu gewährleisten.

Des Weiteren verfügen wir bereits über ein Heckenkataster, welches wir regelmäßig aktualisieren. Mit der Vereinigung „Sauvons Bambi“ setzen wir uns dafür ein, dass die Landwirte für die Rettung der Rehkitze sensibilisiert und dabei unterstützt werden. Die Priorität im offenen Raum liegt beim Erhalt und dem Unterhalt der Obstgärten.

Im Bereich der Forstwirtschaft möchten wir unsere PEFC-Zertifizierung behalten und weiterhin eine respektvolle, naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung betreiben. Prioritär möchten wir den Lebensraum der Wildkatze stärken.

Zu guter Letzt gehören schulische Aktivitäten in der Natur zum Schulprogramm. Außerdem legen wir Wert auf die Sensibilisierung der Bürger in Sachen Umweltschutz und bieten unserem Personal dementsprechende Weiterbildungen an.

In den kommenden fünf Jahren streben wir die Zertifizierung des Naturpakts von 60% an. Die Gemeinde Käerjeng setzt hier ein klares Zeichen, dass man sich weiterhin für den Schutz der Natur einsetzt.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Wir begrüßen es, dass im Rahmen des Naturpakts der Gemeinderat nun auch das aktualisierte Leitbild des Klimapakts erhalten hat. Aber hätte diese Charta nicht schon vor zwei Jahren, genau wie jetzt die Charta des Naturpakts, dem Gemeinderat vorgelegt und von diesem genehmigt werden müssen? Es handelt sich um ein gut gestaltetes Dokument, das auch für das Climateam, die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, unsere Vereine und unsere Bürger interessant wäre.

Gleichzeitig würde es im Kapitel Kommunikation Punkte für das nächste Klimapakt-Audit einbringen.

In Bezug auf die Kommunikation sollte auch die Website der Gemeindeverwaltung aktualisiert werden: Im Bereich Umwelt sind nur der Klimapakt und die Klimabündnis-Initiative aufgeführt; der Naturpakt sollte ebenfalls hinzugefügt werden. Die alten Klimapakt-Leitprinzipien sind immer noch online, die ehemalige Leiterin des Umweltamtes Tammy

Huberty wird weiterhin als interne Beraterin aufgeführt, dahingegen werde ich nicht mehr als Mitglied im Klimapakt-Team genannt.

Im Klimapakt-Audit 2022, als ich noch verantwortlich war, wurde uns empfohlen, den damaligen Entwurf des Klimapakt-Leitbilds um konkrete Ziele zu ergänzen, um die 65 %-Zertifizierung zu erreichen. Mit konkreten Zahlen, wie sie hier vorliegen, erhält man ein wertvolles Arbeitsdokument. Konkrete Ziele bedeuten, dass regelmäßig Nachverfolgungen durchgeführt und diese sowohl intern als auch extern kommuniziert werden, wozu sich die Gemeinde in der Charta auf den Seiten 15 und 16 klar verpflichtet hat.

Die Zahlen in den Diagrammen stammen logischerweise aus den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022. Wir möchten fragen, ob es möglich wäre, eine Aktualisierung mit den Zahlen der letzten drei Jahre zu erhalten, um zu sehen, ob wir noch auf dem richtigen Weg sind. Der Klimapakt-Berater und die zuständigen Dienststellen verfügen bereits über diese Zahlen, sodass eine weitere externe Mitteilung mit den aktualisierten Zahlen herausgegeben werden könnte.

So viel zum Klimapakt, der durch das Gesetz vom 13. September 2012 gegründet wurde, während der Naturpakt erst 9 Jahre später durch das Gesetz vom 30. Juli 2021, fast zeitgleich mit dem zweiten Klimapakt, geschaffen wurde. Es handelt sich also um zwei verschiedene Pakte, die sich ergänzen. Wir sind der Meinung, dass an dieser Stelle noch viel Klärungsbedarf besteht:

Leider wurde in der Präambel alles in einen Topf geworfen, und niemand hat es bemerkt. In der gesamten Präambel wird statt auf den Naturpakt nur auf den Klimapakt Bezug genommen, was unbedingt korrigiert werden muss! Die vorgeschlagene Strategie ist auch die erste Maßnahme des Naturpakts und nicht die des Klimapakts!

Bürgermeister Michel WOLTER: Das war mir gestern auch aufgefallen, ich habe das gleich gemeldet und eine aktualisierte Version liegt nun vor.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Diese Verwechslung erklärt nun, warum das Klimapakt-Leitbild von 2024 in unseren Unterlagen auftaucht. Das ist der positive Nebeneffekt dieser Verwirrung.

Nun, was den Naturpakt betrifft, so haben déi gréng 2022 auch dazu beigetragen, die Grundlagen für diese Strategie zu schaffen, die uns nun vorliegt, und so haben wir bei der ersten Prüfung eine 50-prozentige Zertifizierung erreicht. Wir würden gerne wissen, was seit der letzten Prüfung tatsächlich passiert ist und was konkret für die kommenden Jahre geplant ist. Wurde ein Mehrjahresplan erstellt?

Wir haben gelesen, dass in den nächsten fünf Jahren neue Teiche angelegt werden sollen, aber im Haushalt 2026 von SICONA sind keine neuen Biotope vorgesehen, und der Bürgermeister hat uns erklärt, dass für Privatpersonen überhaupt keine Biotope angelegt werden. Das würde bedeuten, dass die Gemeinde noch Wiesen hat, auf denen neue Teiche angelegt werden könnten? Ist das richtig?

Bürgermeister Michel WOLTER: Es kann sein, dass wir noch Biotope auf privaten Grundstücken schaffen, allerdings wird die Gemeinde nicht für den Unterhalt verantwortlich sein.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Es ist auch allgemein von einer umfassenden Instandhaltung der kommunalen Bereiche innerorts die Rede. Wo soll das stattfinden und woher soll das Geld dafür kommen? Leider haben wir in den letzten Jahren einen Rückgang beobachtet.

Im Zusammenhang mit der „Education à la nature“ wird erwähnt, dass die Gemeinde jährlich 20.000 € für diesen Zweck bereitstellt. Im Haushalt 2024 wurde jedoch überhaupt nichts auf diesem Posten abgebucht. Wir hoffen, dass sich das 2025 ändern wird?

In diesem Dokument finden wir keine wirklich konkreten neuen Ideen; diese Charta muss, genau wie die Klimapakt-Charta, mit Leben erfüllt werden, das heißt mit konkreten Zielen. Wir lesen nur eine konkrete Maßnahme, nämlich dass im Rahmen der Korn-Flusspartnerschaft zwei Fischbarrieren entfernt werden sollen, eine bei 20 cm und eine bei 70 cm.

Außerdem ist uns aufgefallen, dass die Flusspartnerschaft in der Liste der derzeit auf kommunaler Ebene aktiven Akteure fehlt; wir sind der Meinung, dass sie hinzugefügt werden sollte!

Herr Gary PLEIMLING: Das Gemeindesyndikat SIACH ist unter den Akteuren aufgelistet.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Zwar kümmert sich das SIACH um die Flusspartnerschaft, doch es handelt sich um zwei unterschiedliche Akteure.

Als Akteur wird auch das Naturpakt-Team erwähnt, und wir wollten fragen – da auf der Website der Gemeinde nichts dazu zu finden ist –, wer dessen Mitglieder sind?

In dem Dokument wird auch das „Comité de pilotage Lias-Uelzechtdall“ erwähnt, das im vergangenen September gegründet wurde und für die Verwaltung der Natura-2000-Gebiete zuständig ist. Wir würden auch gerne wissen, wer der politische Vertreter für Käerjeng ist.

Rätin Nathalie DEMEYER-SCHOLLER: In diesem Rahmen erlaube ich mir eine konkrete Frage: inwiefern gefährden Nutrias die Biodiversität und was unternehmen wir dagegen?

Rat Jérôme HAUTUS: Nach einer EU-Direktive handelt es sich um eine invasive Tierart, deren Ausbreitung bekämpft werden muss. Die Nutria ist eigentlich eine Ratte, die sich schnell vermehrt und durchaus in Keller eindringt.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich möchte noch ein paar Dinge hinzufügen. Wir haben bei der Erstellung des Maßnahmenkatalogs darauf geachtet, dass die einzelnen Maßnahmen ineinander greifen. Wir halten nicht viel davon, eine Vielzahl von Ideen aufzulisten, die nichts miteinander zu tun haben und keine Lösung bringen. Bei der Biodiversität ist es uns wichtig, den offenen Raum und den urbanen Raum miteinander zu verbinden. Die Priorität bei der Bewirtschaftung der Gewässer liegt bei der Problematik der Hochwasserphänomene. Wir werden die möglichen Maßnahmen in einer nächsten Gemeinderatssitzung thematisieren. Im offenen Raum legen wir besonderen Wert auf den Heckenverbund. Unsere Wälder werden wir demnächst zusammen mit dem Revierförster besuchen, um deren Zustand zu analysieren. Außerdem möchten wir unsere Sensibilisierungskampagnen, sowohl in den Schulen als auch für unsere Bürger, weiterführen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz erwähnen, dass wir im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung den zweiten Posten im Umweltamt besetzen werden. Damit sollten wir die Möglichkeit haben, die Vielzahl von Dokumenten und Berichten zu bewältigen, die im Rahmen des Klimapakts und des Naturpakts auf eine Gemeinde zukommen. Wir erwarten uns auf diese Weise auch eine höhere Zertifizierung zu erreichen. Man stellt oft fest, dass bei der Zertifizierung sehr viel Wert darauf gelegt wird, dass alles schriftlich und extensiv dokumentiert wird. Wir möchten keine Symbolpolitik betreiben, sondern nachhaltige Politik für unsere Bürger und unsere Umwelt.

Ich bedanke mich bei Herrn Pleimling für die präzise Präsentation und schlage vor, zur Abstimmung überzugehen.

Einstimmiges Gutheißen.

4. Bildungswesen

4.1) Musikunterricht: Gutheißen der endgültigen Schulorganisation für das Schuljahr 2025/2026

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich begrüße nun den Direktionsbeauftragten der Käerjenger Museksschoul. Steve Humbert stellt und die endgültige Fassung der diesjährigen Schulorganisation in ihren Einzelheiten vor.

In der vergangenen Woche war der kommunale Musikunterricht Thema in einer parlamentarischen Kommissionssitzung. Ähnlich wie bei den Betreuungsstrukturen gibt der Staat auch in diesem Bereich den Gemeinden gewisse Verpflichtungen mit auf den Weg, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf die kommunalen Finanzen haben.

Nun sind wir konfrontiert mit einer Anfrage des Conservatoire du Nord zur Beteiligung an den Unkosten, weil zwei Schüler des Konservatoriums in unserer Gemeinde wohnen. Die Entscheidung, das Conservatoire du Nord zu besuchen, liegt bei den Schülern, nicht bei der Gemeinde, daher kann es nicht sein, dass wir zu einer finanziellen Beteiligung gezwungen werden. Im Gegenzug müssten wir dann auch alle Gemeinden im Süden zur Kasse beten, deren Einwohner unsere Musikschule besuchen. Wir mussten bekanntlich längere Zeit mit dem Sassenheimer Schöffenrat diskutieren, damit dieser eine Kostenbeteiligung für die hohe Anzahl von Schülern aus seiner Gemeinde akzeptiert.

Ein weiterer diskussionswürdiger Umstand ist der Beschluss der Regierung, den Musikunterricht weitestgehend kostenlos anzubieten. Dies hat zu einem Phänomen geführt, das ich als Musiktourismus bezeichne. Eltern schreiben ihre Sprösslinge kostenlos in

mehrere Kurse ein. Nach einer gewissen Zeit sind dann einzelne Kurse nicht mehr so interessant und die Schüler hören dann wieder auf. Bis zu diesem Schuljahr war es so, dass jeder Abbruch nach dem 15. November vom Staat nicht mehr rückfinanziert wurde, was für uns Unkosten in der Größenordnung von 140.000 € bedeutete. Dieses Problem betraf alle Musikschulen, und der Staat musste nachbessern. Seit diesem Schuljahr können Kursabbrüche nun immerhin bis zum 31.12. noch ersetzt werden. Das Problem ist somit nicht gelöst, doch der finanzielle Verlust konnte zumindest eingeschränkt werden.

Steve Humbert wird uns nun die Einzelheiten erklären.

Herr Steve HUMBERT: Die Tatsache, dass ich heute etwa sieben Wochen später als gewohnt vor Ihnen stehe, bedeutet nicht, dass wir unsere Schulorganisation nicht rechtzeitig aufgestellt hätten, sondern ist zurückzuführen auf die neue Gesetzeslage, nach der es den Musikschulen nun möglich ist, Kursabgänger bis zum 31.12. zu ersetzen, unter der Bedingung, dass die Schulorganisation bis spätestens dem 15. Januar vom Gemeinderat gutgeheißen wird. Diese zeitliche Verschiebung hat es uns ermöglicht, insgesamt 85 Kursabgänge zwischen dem 16. September und dem 31. Dezember noch zu ersetzen, so dass diese Kurse auch weiterhin vom Staat finanziert werden. 71 Schüler haben in diesem Zeitraum beschlossen, ihre Kurse nicht weiter zu besuchen. Im Bildungsministerium ist man nach wie vor der Ansicht, dass dies nichts mit der kostenfreien Einschreibung zu tun hat, doch es ist klar, dass dies einen Einfluss hat. Jeder Schüler, der ab dem 1. Januar seinen Kurs nicht mehr weiter belegt, wird aus der staatlichen Finanzierungsgrundlage gestrichen. Aus Erfahrung kann ich sagen, dass wir hier von nicht mehr als 3% der Schüler sprechen. Nichtsdestotrotz werden wir weiterhin mit dem Ministerium diskutieren, dass jeder Abgang, der ersetzt werden kann, bis zum 15. Juli auch finanziert werden muss.

Ich komme nun zur endgültigen Schulorganisation des laufenden Schuljahres. In den Kollektivkursen sind 564 Schüler eingeschrieben. Jede Woche werden hier 4.590 Minuten an Kursen angeboten. Diese teilen sich auf auf 14 Klassen im „Eveil musical“, 23 Klassen in der musikalischen Ausbildung der Unterstufe und zwei weiteren in der Mittelstufe. Hinzu kommen die Kurse der kollektiven instrumentalen Praxis, die Chöre und Kammermusiker sowie die Rock- und Jazz-Combos.

623 Schüler besuchen Individualkurse, wöchentlich insgesamt 21.155 Minuten. 210 Schüler erlernen Tasteninstrumente, 116 Schüler werden in Saiteninstrumenten unterrichtet, 94 in Holzblasinstrumenten und 59 in Blechblasinstrumenten. Die Abteilung für Schlaginstrumenten zählt 67 Schüler. Unsere Schule bildet zudem 60 Gesangsschüler aus und 18 Schüler werden zusätzlich in diversen Harmoniekursen unterrichtet. Alles in allem zählen wir 648 Schüler, welchen wir jede Woche 26.315 Minuten an Kursen anbieten.

Sicherlich dürfte es jeden erfreuen, dass der Kostenpunkt, den die Gemeinde in diesem Jahr nach Abzug der staatlichen Unterstützung noch tragen muss, knapp unter einer Million € liegt.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich bedanke mich bei Steve Humbert für die Art und Weise, wie er seit mehr als zwei Jahrzehnten unsere Musikschule leitet.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Diesem Dank kann ich mich nur anschließen.

Einstimmiges Gutheißen.

4.2) Grundschulunterricht: Zeitlich begrenzte Abänderung der Schulorganisation für den Zeitraum vom 26. zum 30. Januar 2026

Bürgermeister Michel WOLTER: Die zeitlich begrenzte Abänderung der Schulorganisation in der Grundschule betrifft die Organisation der diesjährigen „Classe de neige“. Es geht also darum, wie die Lehrkörper ersetzt werden, die an der „Classe de neige“ teilnehmen.

Einstimmiges Gutheißen.

5. Kommunale Finanzen

5.1) Gewähren einer Kompensationszulage für das Jahr 2026

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Neuerungen der nationalen Gesetzgebung in Sachen Teuerungszulage haben einen Einfluss auf unsere Kompensationszulage. Hierzu kann ich

zunächst sagen, dass es voraussichtlich zum Jahr 2027 zu einer fundamentalen Reform kommen soll, welche zu einer Vereinfachung bei der Berechnung führen soll.

In diesem Jahr haben wir 555.000 € für die Kompensationszulage in unserem Haushalt vorgesehen. Dieser Betrag ist nicht unerheblich, zumal es sich bei der Unterstützung der sozial schwächeren Haushalte um eine staatliche Kompetenz handelt. Ich finde es nicht richtig, dass es in den Luxemburger Gemeinden unterschiedliche Zulagen gibt, je nach den finanziellen Möglichkeiten. Bis zum letzten Jahr setzte sich die staatliche Zulage zusammen aus der eigentlichen Teuerungszulage, einem Zuschuss als Kompensation für die gestiegenen Energiekosten und einem reduzierten Energiezuschuss für Haushalte, deren Einkommen knapp über der Obergrenze für die Teuerungszulage lag. Die Gemeinde Käerjeng gewährte 60% der Teuerungszulage und 25% des Energiezuschusses. Wir hatten diese Prozentsätze gegenüber dem Vorjahr etwas gesenkt, da die staatlichen Zuschüsse beträchtlich angehoben worden waren.

Am 14. November 2025 hat der Regierungsrat folgende Abänderungen beschlossen: Alimente werden nun nicht mehr für die Berechnung des Einkommens berücksichtigt, und eine weitere Zulage wird nun den älteren Mitbürgern und Rentenempfängern gewährt. Der Vorschlag des Schöffenrates sieht vor, dass die Gemeinde weiterhin Zulagen in Höhe von 60% der staatlichen Teuerungszulage und 25% der staatlichen Energieprämie gewährt, ohne die zusätzliche Zulage für ältere Mitbürger zu berücksichtigen. Des Weiteren warten wir ab, in welche Richtung die Reform der Teuerungszulage geht. Es geht am Ende auch darum, den eigenen Haushalt im Auge zu behalten.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Leider geht in unserer Gesellschaft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, und diesem Umstand muss man bestmöglich entgegenwirken. Der staatliche Zuschuss für ältere Mitbürger mit kleineren RENTEN ist ein Schritt in die richtige Richtung. Altersarmut gibt es leider wirklich. Wenn ältere Menschen zuhause nicht mehr zurechtkommen, reicht das Geld nicht immer, um in ein Seniorenheim zu ziehen. Oft leben ältere Menschen auch in älteren, schlecht isolierten Häusern mit hohen Heizkosten. Auch die Fixkosten für Strom, Trinkwasser, Abwasserentsorgung und Müllentsorgung fallen für diese Menschen gegenüber den variablen Kosten stärker ins Gewicht als bei jüngeren Haushalten. In den letzten Monaten haben wir unsere Gebühren angehoben, um dem Kostendeckungsprinzip gerecht zu werden. Doch unserer Gemeinde geht es aus finanzieller Sicht sehr gut und wir sollten, wie in den vergangenen Legislaturperioden, den sozial schwächeren Haushalten mit Hilfe der Kompensationszulage entgegenkommen. DÉI GRÉNG sind zwar erleichtert, dass der Prozentsatz zur Berechnung der kommunalen Zulagen in diesem Jahr nicht weiter gesenkt wird, doch wir können die Zahlen, die uns hier vorliegen, dennoch nicht gutheißen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Einerseits muss ich sagen, dass einzelne Strukturen, die gerade erwähnt wurden, nichts mit diesem Punkt zu tun haben. Andererseits stimme ich Frau Siebenaler zu, wenn sie sagt, dass es für viele schwerer wird, finanziell über die Runden zu kommen. Das betrifft jedoch nicht bloß die älteren Mitbürger, sondern die gesamte Gesellschaft, und eben aus diesem Grund haben wir als Schöffenrat beschlossen, abzuwarten, was der Staat für die kommenden Jahre ausarbeitet. Zudem bin ich der Ansicht, dass wir mit 555.000 € einen beträchtlichen Betrag in diesem Bereich ausgeben. Und ich bleibe der Ansicht, dass der Umgang mit der Armut eine rein staatliche Kompetenz ist, die sich in allen Gemeinden gleich darstellt. Einige Gemeinden stehen finanziell so gut, dass sie sich keine Gedanken über das Gleichgewicht ihres ordentlichen Haushalts machen müssen. Andere müssen da schon etwas mehr abwägen und Prioritäten setzen. Zu den Aufgaben einer Gemeinde zählt schlussendlich auch Dinge wie die Erneuerung der Straßeninfrastrukturen und die Altbausanierung. Es gilt, all diese Aufgaben zu bewältigen mit den finanziellen Mitteln, die der Staat uns zur Verfügung stellt. Wir sind keine reiche Gemeinde, sondern eine Gemeinde, die insgesamt mit viel Verantwortung die öffentlichen Gelder einsetzt zum Wohle ihrer Bürger.

Schöffe Yves CRUCHTEN: Ich möchte noch hinzufügen, dass wir im vergangenen Jahr den Prozentsatz der Berechnung für die Kompensationszulage zwar etwas gesenkt haben, doch unter dem Strich haben die Bedürftigen mehr erhalten als im Vorjahr. Außerdem gehören wir im Süden zu den Gemeinden, die die höchsten Beträge bei der Kompensationszulage auszahlt. Was die neue Zulage für ältere Menschen angeht, so ist derzeit noch nicht ganz klar, wie diese Zulage und die dazugehörigen Parameter in der Praxis genau aussehen werden. Deshalb finde ich es richtig, dass wir dieses Jahr abwarten. Zudem möchte man beim Staat all diese Zulagen und Zuschüsse in einem Betrag

zusammenfassen, und hier müssen wir sicherstellen, dass wir weiterhin die nötigen Informationen bekommen zur Berechnung unserer Zulage.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: In der letzten Gemeinderatssitzung hatte ich bemerkt, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt für das Finanzjahr 2025 weniger ausgegeben haben als im Jahr 2024. Wir sprechen nun von 555.000 €, doch ich gehe davon aus, dass es am Ende doch weniger sein wird.

Gutheißen bei 14 JA-Stimmen (CSV, LSAP, DP, ADR) gegen 1 NEIN-Stimme (déri gréng).

6. Kommunale Verordnungen

6.1) Zuschüsse für Privatpersonen für Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Leiter des kommunalen Umweltamtes Gary Pleimling hat dem Schöffenrat einige Abänderungen vorgeschlagen, die er uns nun erläutern wird. Die Abänderungen wurden bereits am 16. Dezember von der Kommission für kommunale Verordnungen diskutiert.

Herr Gary PLEIMLING: Aktuell sind die kommunalen Zuschüsse in diesem Bereich in vier Kategorien unterteilt: die Energieberatung mit einer Bezuschussung von 20% des vom Staat gewährten Zuschusses, die Renovierung von Häusern mit einem Mindestalter von 10 Jahren, technische Installationen wie Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen, und die Installation von Regenwasserauffangbecken.

Wir schlagen vor, weitere Bereiche mit ins Reglement zu übernehmen, die jetzt auch vom Staat bezuschusst werden, wie die Fassaden- und Dachbegrünung. Andererseits gibt der Staat keinen Zuschuss mehr für Hackschnitzel- und Holzheizkessel, so dass wir diese auch aus unserer Verordnung streichen würden.

Wir schlagen vor, die Energieberatung und die Gebäudesanierung unter einem Punkt zusammenzufassen, da die Beratung durch einen Experten Voraussetzung ist für die Bezuschussung der Sanierungsarbeiten. Wir schlagen 25% des staatlichen Zuschusses vor, mit einem Maximalbetrag von 2.500 € für Einfamilienhäuser, beziehungsweise 3.000 € für Mehrfamilienhäuser. Dies würde die administrative Last unserer Dienststelle senken und eine bessere Ausschüttung der Zuschüsse gewährleisten, indem wir jenen verstärkt unter die Arme greifen, die es nötiger haben.

Bis zum 31. Dezember haben wir im vergangenen Jahr Zuschüsse gewährt für 11 Fahrräder, 27 energetische Sanierungen, 8 Energieberatungen, 23 technische Installationen, 91 Photovoltaikanlagen und 1 Regenwasserauffangbecken. Bei 171 Anträgen haben wir so im Jahr 2025 insgesamt rund 206.000 € ausgezahlt. Wir rechnen, dass wir am Ende des Finanzjahres nicht über 300.000 € kommen werden. Für das Jahr 2026 rechnen wir mit 600.000 €

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Im Jahr 2013 unterzeichnete Käerjeng den Klimapakt und dank massiver grüner Anstrengungen erreichten wir bereits bei der ersten Prüfung eine Zertifizierung von 52,3 % und sicherten uns damit 250.000 € pro Jahr vom Staat zur Unterstützung unserer Arbeit im Rahmen des Klimapakts. Im Jahr 2016 wurde ein Förderkatalog mit ökologischen Aspekten erstellt, um unsere Bürger zu ermutigen, dem Beispiel der Gemeinde zu folgen, ihre Häuser zu renovieren und in nachhaltige Energien zu investieren, wodurch auch die Gemeinde weitere Fortschritte im Klimapakt erzielen kann. Mittlerweile liegen wir bei 65 %, einer Silber-Zertifizierung, das heißt bei 325.000 € pro Jahr. In der Vergangenheit haben wir auch unsere Förderrichtlinien mehrfach überarbeitet, beispielsweise durch die Einführung von Höchstgrenzen für bestimmte Positionen.

Betrachtet man hier nur die Präsentation, erscheint die vorgeschlagene Änderung gerechtfertigt: weniger Arbeit für unsere Mitarbeiter und eine ähnliche finanzielle Unterstützung für unsere Bürger.

Unserer Meinung nach sind die drei Beispiele in der Präsentation jedoch nicht repräsentativ. Sie betreffen alle nur erste Verbesserungen. Das lässt sich daran erkennen, dass sie alle eine Energieberatung beinhalten, die eine Voraussetzung für den Erhalt von Unterstützung ist. Energieberater empfehlen, mit der Dachdämmung zu beginnen, da diese den größten Nutzen bringt. Die Menschen in diesem Beispiel haben genau das getan. In einer späteren Phase sollte man dann beispielsweise die Wände und den Keller dämmen, bevor man möglicherweise neue Fenster einbaut.

Von den 27 Sanierungsarbeiten, die in den letzten zwei Jahren durchgeführt wurden, waren die meisten (19 oder 70%) sekundäre Sanierungsarbeiten. Das bedeutet, dass die gesamten Unterlagen dieser Personen hätten geprüft werden müssen. Dies zeigt nämlich, dass die Menschen Sanierungsarbeiten schrittweise durchführen. Wenn man nur eine Phase betrachtet, verliert man in der Regel nicht viel. Für eine nachfolgende Phase würde es jedoch in Zukunft in der Regel keine Unterstützung mehr geben.

Durch die Konsolidierung der Unterstützung für die Sanierungsarbeiten und die Begrenzung auf 2.500 €, während zuvor 5.000 € möglich waren, verlieren die Menschen erheblich – nämlich 50 %. Gleches gilt für Mehrfamilienhäuser, die nun nur noch die Hälfte des Betrags erhalten.

Was passiert, wenn die Leute bei einem ersten Antrag nur 1.500 € erhalten? Hätten sie dann nicht Anspruch auf weitere 1.000 € bei einem zweiten Antrag?

Herr Gary PLEIMLING: So ist es.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Eigentlich finden wir es überhaupt nicht glücklich, dass die Subventionen für Energieeffizienzverbesserungen gekürzt werden. Gerade diese Maßnahmen bringen bei bestehenden Immobilien am meisten, insbesondere angesichts steigender Energiekosten, und gerade hier können Menschen mit kleinerem Budget die Arbeiten auch schrittweise selbst durchführen und sind dann für jede Unterstützung dankbar. Schließlich sind Häusersanierungen in der Regel dem Abriss vorzuziehen. Wenn man sich außerdem die Zusammenfassung der letzten zwei Jahre ansieht, machen die Ausgaben für Sanierungen nur 8 % aller ökologischen Subventionen aus, sodass es für die Gemeinde finanziell wenig Sinn macht, diese zu kürzen.

Wie wir wissen, haben wir im letzten Jahr über 325.000 € durch den Klimapakt erhalten, und 205.000 € wurden ausgezahlt, sodass 120.000 € für mögliche neue Förderungen übrigbleiben. Es gibt also keinen Grund, irgendetwas zu kürzen. In der Präsentation wurde die Subventionierung von begrünten Fassaden und Dächern erwähnt, die wir in dem Reglement nicht wiederfinden konnten.

Da, wie bereits erwähnt, nur die letzten zwei Jahre untersucht wurden, befürchten wir, dass übersehen wurde, dass die meisten Menschen Renovierungen in Etappen durchführen. Daher würden wir es begrüßen, wenn die maximale Förderung bei 5.000 € bleiben würde, ein Betrag, den die Menschen dann in Etappen ausgezahlt bekommen könnten. Wenn die verschiedenen Sanierungsmaßnahmen einzeln betrachtet werden, sind die Bürger motiviert, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. In diesem Zusammenhang sollten die Änderungen der Vorschriften überdacht werden.

Letzte Woche wurde bekannt gegeben, dass der Staat nun auch Fördermittel für Photovoltaik-Batterien bereitstellt, was offenbar auch für uns vorgesehen war und Anlass für diese Änderung war. Daher möchten wir fragen, ob es möglich wäre, die Förderregelung auf die nächste Sitzung zu verschieben, damit Batterien neben den grünen Fassaden und Dächern mit aufgenommen werden können. Wir würden uns darüber freuen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Klimapakt-Mittel sind nicht nur für Privatpersonen, sondern auch für die Gemeinde bestimmt. Wir bezahlen viele E-bikes und PV-Anlagen für Menschen, die sich diese leisten können. Wenn die Nachfrage nach Photovoltaik sinkt, kann die Gemeinde an anderer Stelle Hilfe leisten. Es bleiben noch viele PV-Anlagen zu bezuschussen, da der Staat hier viel Verspätung hat. Je nachdem, wie sich das Ganze entwickelt, kann es sein, dass wir dem Gemeinderat weitere Abänderungen für das Jahr 2027 vorschlagen werden.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Es wäre besser, die Bezuschussung der PV-Anlagen leicht zu reduzieren, anstatt 50 % bei der Häusersanierung zu streichen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir haben die Bezuschussung für PV-Anlagen, die nach dem Jahr 2024 installiert wurden, bereits gesenkt. Man sollte sich bewusst sein, welchen Betrag man für Sanierungen zu zahlen bereit ist, und man muss sehen, wie sich die Nachfrage für PV-Anlagen entwickelt. So kann man von Jahr zu Jahr Anpassungen vornehmen.

Gutheißen bei 14 JA-Stimmen (CSV, LSAP, DP, ADR) gegen 1 NEIN-Stimme (déi gréng).

6.2) Abänderung der allgemeinen Verkehrsverordnung der Gemeinde Käerjeng

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Abänderungen wird Herr Jérôme Michels vorstellen.

Herr Jérôme MICHELS: Die heutigen Abänderungen betreffen zwei neue Ampelanlagen, ein Parkverbot, die Streichung einer Kiss&Go-Zone beim Schulcampus „Op Acker“ und die Reduzierung der maximal erlaubten Geschwindigkeit in der nationalen Industriezone. Eine Ampelanlage, die wir in die Verkehrsverordnung aufnehmen müssen, steht an der Kreuzung der „Rue de la Continentale“ mit dem „Boulevard J. F. Kennedy“. An der Kreuzung der CR101 und CR110 in Küntzig gibt es eine provisorische Ampelanlage, die in absehbarer Zukunft von der Straßenbauverwaltung von einer endgültigen Anlage abgelöst werden wird. Ein Geschäftsmann hat eine Beschwerde eingereicht, bezüglich der Parksituation vor seinem Geschäft, welche die Warenanlieferung erschwert. Hier haben wir uns eine Lösung überlegt, indem wir auf zwei Stellplätzen eine Lieferzone für die frühen Morgenstunden einführen. Die Kiss&Go-Zone auf dem Parkplatz des Schulcampus „Op Acker“ gibt keinen Sinn mehr, da es vor Schulbeginn ohnehin nicht erlaubt ist, den Parkplatz anzufahren. Aus diesem Grund streichen wir diese Zone aus der Verordnung. Zu guter Letzt möchten wir die maximal erlaubte Höchstgeschwindigkeit in der Industriezone, genauer in der „Rue Bommel“ und der „Rue Op Zaemer“, von 70 km/h auf 50km/h senken.

Bürgermeister Michel WOLTER: Zu der Kreuzung in Küntzig möchte ich anmerken, dass wir uns seit einiger Zeit dafür aussprechen, dass aus der provisorischen Anlage eine permanente Lösung wird. Die Ampelanlage am Niederkerschener Bahnhof macht so keinen Sinn. Ihre Daseinsberichtigung basiert auf der Sicherung des Fußgängerübergangs. Wir sind der Ansicht, hier sollte man die Anlage mit einem Taster ausstatten, so dass die Anlage nur auf Rot schaltet, wenn jemand die Straße überqueren möchte.

Schöffe Frank PIRROTTE: Die Straßenbauverwaltung hat uns wissen lassen, dass die Anlage, die derzeit dort installiert ist, nicht zur Umprogrammierung geeignet ist, und die Verwaltung derzeit kein anderes Modell zur Verfügung hat. Wir können allerdings auf Eigeninitiative eine Anlage beschaffen, die nach unseren Vorstellungen programmiert werden kann.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Reduzierung der Geschwindigkeit in der Industriezone wurde von unserer Mobilitätskommission aufgeworfen. Der Schöffenrat hat daraufhin beschlossen, dem Gemeinderat diese Abänderung vorzuschlagen. Die Lösung der Parksituation vor der Küntziger Bäckerei dient der Stärkung der Geschäftswelt.

Rat Arsène RUCKERT: Im Namen des betroffenen Geschäftsmans danke ich dem Gemeinderat für die schnelle Lösung des Problems.

Rat Louis PHILIPPE: Aus welchem Grund weisen wir bloß zwei Stellplätze als Lieferzone aus und nicht alle?

Bürgermeister Michel WOLTER: Zwei Stellplätze sind ausreichend für die Anlieferung. Darüber hinaus möchten wir den Anwohnern nicht unnötig noch weitere Parkmöglichkeiten nehmen.

Rat Christian KIRWEL: Ich möchte die Ampelanlage in Küntzig nicht in Frage stellen, doch ich hoffen, dass die zukünftige Anlage intelligenter schalten wird als die aktuelle.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Idee ist es natürlich, dass die Anlage dem Verkehrsfluss angepasst werden kann.

Einstimmiges Gutheißen.

6.3) Reglement für die Besetzung von Stellen für Lehr- und Erziehungspersonal

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Gemeindesekretär Jean-Marie Pandolfi erklärt uns die Einzelheiten dieses Reglements.

Gemeindesekretär Jean-Marie PANDOLFI: Diese Verordnung regelt die Reihenfolge bei der Besetzung von freien Stellen in den Grundschulen. Diese wurde nun auf die ErzieherInnen in den „Précoce“-Klassen ausgeweitet, da wir bisher nur zwei Erzieherinnen in der Früherziehung hatten. Bei den anderen Lehrkörpern ändert sich nichts. Für das

Erziehungspersonal wurde der Text der Verordnung größtenteils übernommen, bis auf die Tatsache, dass beim Lehrpersonal drei Listen geführt werden müssen: eine mit den Lehrkörpern der früheren Gemeinde Niederkerschen, eine mit jenen der früheren Gemeinde Künzlig, und eine mit dem Lehrpersonal, das seit der Gemeindefusion eingestellt wurde. Der zuständige Bezirksdirektor des Grundschulunterrichts hat uns auf eine Unstimmigkeit in Sachen Urlaubstage aufmerksam gemacht. Im Falle von Mutterschaftsurlaub gefolgt von Elternurlaub, beziehungsweise unbezahltem Urlaub, für eine Dauer von mehr als zwei Jahren, soll der Dienstalterrang dann eingefroren werden. Diese Abänderung konnte allerdings zeitlich nicht mehr dem Lehrpersonal zur Abstimmung vorgelegt werden. Wir werden dies dann zu gegebenem Zeitpunkt nachholen.

Rätin Nathalie DEMEYER-SCHOLLER: Stimmt es, dass in einer Klasse, in der mehrere Lehrer unterrichten, jeweils der Dienstälteste als Klassenlehrer gilt? Ohne Berücksichtigung des jeweiligen Beschäftigungsgrades?

Gemeindesekretär Jean-Marie PANDOLFI: Das entspricht den gesetzlichen Vorgaben. Wir haben zwei Lehrerinnen, die jeweils einen Halbzeitposten bekleiden. Hier gilt die Rangordnung wie üblich. Es kann nur einen Klassenlehrer pro Klasse geben. Ausgeschlossen sind die Lehrkörper, die „*surnuméraire*“-Fächer übernehmen.

Einstimmiges Gutheißen.

7. Verträge und Konventionen

7.1) Dachmietverträge mit der Firma SUDenergie für die Installation von Photovoltaikanlagen - Gutheißen

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Gemeinde vermietet die Dächer der „Hall 8“ im Ort „Op Zaemer“, der Sporthalle in Linger und des Gebäudes des Künziger Fußballfeldes. Die Miete wird aufgrund der maximalen Kapazität der Anlage errechnet. Die Laufdauer beträgt zwanzig Jahre und kann verlängert werden.

Wir sind seit einiger Zeit damit beschäftigt, die Dächer der kommunalen Gebäude so gut wie möglich mit PV-Anlagen auszustatten. Derzeit sind neun Dächer mit Anlagen versehen. Die älteste befindet sich auf dem ehemaligen „Précoce“-Gebäude in Niederkerschen. Diese wird möglicherweise demnächst ersetzt werden müssen. Weitere Anlagen befinden sich auf dem Kulturhaus „Käerjenger Treff“, auf dem Wasserturm und dem Gemeindeatelier „Op Zaemer“, auf dem Künziger Vorschulgebäude und dem Festsaal, auf dem Künziger Gemeindeatelier und der Maison Relais Künzlig sowie auf dem Sportkomplex „Käerjenger Dribbel“. In diesem Jahr soll, neben den drei hier vorliegenden Installationen, noch eine weitere auf dem Dach des neuen Vorschulgebäudes „Bei der Mierbaach“ hinzukommen. Ebenso ist eine Anlage auf dem Dach des neuen Modulargebäudes für die Künziger Grundschule vorgesehen. Und zu einem späteren Zeitpunkt sollen dann die sanierten Schulgebäude in Künzlig hinzukommen.

Rat Arsène RUCKERT: Verfügt die Linger Sporthalle nicht über eine Dachbegrünung?

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Doch. Ein begrüntes Dach bietet sich sogar für eine PV-Anlage an, denn die Begrünung steigert die Effizienz der Anlage. Wenn die Statik es erlaubt, kann man also beides machen.

Déi gréng begrüßen, dass Dächer von Gebäuden nun mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden, obwohl die Effizienz des Standorts einst in Frage stand. Dies lässt sich wahrscheinlich durch die heute effizienteren Module erklären; die Technologie schreitet ständig voran.

Eine Frage bleibt jedoch hinsichtlich des Klimapakts offen, wo wir uns als Gemeinde in unserer Vision dazu verpflichtet haben, jedes Jahr mehr und mehr Strom selbst zu produzieren. Wem wird die Produktion dieser drei Anlagen gutgeschrieben: uns oder Südenergie?

Schöffe Frank PIRROTTE: Wir können die Anlagen im Klimapakt angeben, doch sie werden uns nicht zum gleichen Maße angerechnet, als wenn wir sie selbst betreiben würden.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Wie hoch ist die Miete ungefähr?

Gemeindeeinnehmer Gilbert HAAG: Die Jahresmiete für ein Dach liegt bei zirka 263 €.

Rat Louis PHILIPPE: Ich gehe davon aus, dass die Firma SUDenergie, die das Dach mietet, für die Kosten der Installation und deren Unterhalt aufkommt und die erzeugte Energie dann auch selbst verkauft. Die Frage sei erlaubt, ob wir nicht besser daran täten, die Investition selbst zu machen und somit den erzeugten Strom auch selbst zu nutzen. Sind Speicherbatterien vorgesehen? Für diese werden nämlich dann gesonderte Räumlichkeiten benötigt. In Zukunft werden ohnehin Batterien notwendig sein, um etwaige Strafzahlungen im Falle von Überproduktion zu vermeiden.

Schöffe Frank PIRROTTE: Unser Gebäudetechniker hat das alles durchgerechnet und ist zur Schlussfolgerung, dass es sinnvoll ist, auf diesen Weg zu gehen. Andererseits darf man auch nicht vergessen, dass die Gemeinde Käerjeng Aktionär bei SUDenergie ist.

Rat Vincenzo TURCARELLI: Bekommen wir den Strom dann zu einem anderen Preis?

Schöffe Frank PIRROTTE: Man berechnet uns einen günstigeren Tarif für diese Gebäude.

Einstimmiges Gutheißen.

8. Bestätigen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen

8.1) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in Oberkerschen, auf der Kreuzung der „Avenue de Luxembourg“ mit der „Rue Bommel“, aus Dringlichkeitsgründen am 12. Dezember 2025 vom Schöfferrat beschlossen - Bestätigung

Einstimmiges Gutheißen.

9. Vereinsleben

9.1) Statuten der Vereinigung „Kéinziger Fräsch“ - Kenntnisnahme

10. Fragen und Antworten

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: In meiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf hatte ich gefragt, ob in neuen Siedlungen systematisch immer noch Gasanschlüsse verlegt werden.

Schöffe Frank PIRROTTE: Ab 2024 sind keine gesonderten Bebauungsprojekte mehr mit Gasanschlüssen erlaubt.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Wer sind die Mitglieder im Naturpakt und unser politischer Vertreter im LIAS?

Bürgermeister Michel WOLTER: Im LIAS wird die Gemeinde vertreten durch Herrn Pleimling.

Schöffin Mireille DUPREL: Im Naturpakt sind Herr Pleimling, der Revierförster Marc Gengler, die Verantwortlichen der technischen Dienststellen der Gemeinde und ich selbst Mitglied.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Vor etwa einem Jahr, am 14. Februar, wurden uns die Ergebnisse der „Mierbaach“-Studie vorgestellt. In diesem Rahmen sollten Versammlungen mit den Einwohnern der betroffenen Straßen organisiert werden. Ist dementsprechend bereits etwas erfolgt?

Gemeindeingenieur Alain BLASEN: Insgesamt 77 Eigentümern werden wir schriftlich mitteilen, dass sie ein Anrecht auf eine personalisierte Analyse und Beratung vom Planungsbüro Schroeder & Associés haben.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die zurückbehaltenen Maßnahmen gegen Hochwasserschäden werden in einer nächsten Gemeinderatssitzung thematisiert. Leider war die Präsentation des Planungsbüros noch nicht reif für eine Vorstellung in der heutigen Sitzung.

Rat Joseph HAMES: Wie weit ist die Planung für die Verkehrsberuhigung in der „Rue du Dix Septembre“ bis hin zur „Rue de Hivange“ fortgeschritten? Diese Projekte wurden im Juli 2025 gutgeheißen.

Gemeindeingenieur Alain BLASEN: Das meiste hängt an noch ausstehenden Genehmigungen seitens der Straßenbauverwaltung. Wir hoffen, dass wir diese bald erhalten und wir die Arbeiten dann ausschreiben können.

Rat Jérôme HAUTUS: Derzeit wird auf Landesebene viel über die Asiatische Hornisse diskutiert. Es handelt sich um eine gefährliche, invasive Tierart, die sich sehr schnell ausbreitet. Auch wenn ich befürchte, dass wir diese Art nicht mehr in den Griff bekommen werden, müssen wir dennoch versuchen, ihren Bestand bestmöglich zu dezimieren. Aus einem Nest werden das darauffolgende Jahr bereits 30.

Hat der Schöfferrat diesbezüglich einen Plan, wie die Gemeinde sich diesem Problem stellen wird? Bei der Natur- und Forstverwaltung ist eine Person für das gesamte Land zuständig. Die Gemeinde Bartringen bildet ihre Mitarbeiter im Kampf gegen diese Tierart aus und beseitigt sogar Nester auf privaten Grundstücken, auf Kosten der Gemeinde.

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Schöfferrat hat dieses Thema bereits zweimal diskutiert. Zudem habe ich im Parlament eine Farge an den zuständigen Minister gerichtet. Darauf hat man mir geantwortet, dass es besser sei, sich eine nationale Strategie zu geben, als dass einzelne Gemeinden etwas unternehmen und andere nicht. Eine erste Versammlung zu diesem Thema sollte im Dezember stattfinden. Auch das CGDIS soll sich Gedanken machen, inwiefern man Teil der Lösung sein kann. Ich werde dahinter bleiben und regelmäßig Auskunft geben.

Rätin Nathalie DEMEYER-SCHOLLER: Ich möchte mich erkundigen über die Buslinie 15 des TICE. Ich denke, ich brauch niemandem zu erklären, dass die Einwohner von Fingig und Küntzig nicht erfreut sind über die Änderungen des Streckenverlaufs, da es nun keine direkte Verbindung mehr zum Niederkerschener Ortskern gibt.

Schöffe Frank PIRROTTE: Wir hatten vor Monaten eine Zusammenkunft mit den Verantwortlichen des TICE, in der man uns über Änderungen bezüglich einzelner Linien informierte. Jedoch war zu keinem Zeitpunkt die Rede davon, dass die Linie 15 nicht mehr durch den Niederkerschener Ortskern fahren würde. Als Gemeinde haben wir diese Information erhalten, als sie für die breite Masse veröffentlicht wurde. Das Transportministerium verspricht sich mit dem neuen Streckenverlauf eine bessere Anbindung an andere Buslinien auf Höhe der Brauerei. Außerdem sei die Anzahl der Passagiere, die zwischen Niederkerschen und Küntzig beziehungsweise Fingig pendeln, nicht sehr hoch. Der lapidare Lösungsvorschlag des Ministeriums war, dass man in Oberkerschen zwischen 8 und 18 Minuten auf eine Anbindung in Richtung Niederkerschen warten kann.

Wir werden schriftlich beantragen, dass diese Änderung des Streckenverlaufs mit der nächsten Abänderung im April wieder rückgängig gemacht wird. Ob dieser Antrag Früchte tragen wird, bleibt jedoch abzuwarten. Die TICE-Linie 15 wird voraussichtlich verschwinden, denn die Dauer der Strecke ist schlicht zu lange. Sie wird dann wohl durch zwei Linien ersetzt, mit einer Anbindung vielleicht am Niederkerschener Bahnhof. Genaueres ist derzeit noch nicht gewusst.

Rätin Nathalie DEMEYER-SCHOLLER: Dann werden Gemeinden also nicht im Vorfeld über solche Abänderungen informiert?

Bürgermeister Michel WOLTER: Nein.

Schöffe Yves CRUCHTEN: Ich kann versichern, dass in der besagten Zusammenkunft kein Wort über eine Abänderung des Streckenverlaufs innerhalb unserer Gemeinde gefallen ist. Wir haben lediglich bemängelt, dass der Verlauf insgesamt zu lange dauert. Wenn man mehr als eine Stunde benötigt, um von Küntzig nach Esch zu kommen, dann ist das nicht wirklich interessant für die Passagiere.

Nicht-öffentliche Sitzung

11. Personalangelegenheiten

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Ende der Sitzung: 11:05 Uhr.